

Bericht über die Arbeitstagung 2000: Anfänge der Globalisierung

Ulrich Pfister: Wann begann die Globalisierung? Angelpunkte in der Frühgeschichte der Europäischen Weltwirtschaft im 15. bis 19. Jahrhundert

Um 1850 lässt sich zweifelsfrei eine Zäsur in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen konstatieren: Strukturveränderungen, Markterweiterungen begründen ein neues internationales Regime. Aber auch zuvor hat es immer bereits weiträumige Wirtschaftsbeziehungen zur Sicherung der Property-Rights (D. North) gegeben. Wie weit reichen derartige Arrangements in die Geschichte zurück und welche Grenzen umschlossen die Ökumene? Lässt sich der Beginn der Globalisierung daher mit der Umleitung des Gewürzhandels im 17. Jahrhundert ansetzen, trug bereits die Entdeckung Amerikas dazu bei oder lässt sich gar das Weltsystem des Mittelalters (1250-1350) als dessen Beginn deklarieren. Die 15.000-jährige Geschichte der Menschheit bietet ausreichend Stoff zur Beantwortung dieser Fragestellung.

Entscheidend für die Antwort auf diese Frage ist naturgemäß die Definition dessen, was man unter dem Weltsystem verstehen will. Offenbar bezieht dieses sich nicht auf den gesamten Globus, sondern auf Zivilisationskreise, in denen zunächst Kultur und Religion eine weitaus bedeutendere Rolle spielten als Wirtschaft und Politik. Zu unterscheiden ist im letzteren Falle noch zwischen zwei unterschiedlichen Typen, dem Weltreich, für das der Grad der politischen Integration entscheidend erscheint (Beispiele: das antike Rom, China, Osmanisches Reich) und Weltwirtschaft, die über Märkte integriert wird. Für eine solche Weltwirtschaft bietet die europäische Weltwirtschaft, wie sie sich seit dem 15. Jahrhundert entwickelt hat, fast als das einzige historische Beispiel. Dieses stellt daher den Ausgangspunkt für die Globalisierung dar wie wir sie heute diskutieren und ihre Entwicklungsschritte, ihr institutioneller Wandel und ihre Entstehungsursachen sollen im Folgenden dargestellt werden.

1. Etappen der Entwicklung

Am Anfang der Entstehung und Ausbreitung der europäischen Weltwirtschaft stand die Venezianische Weltwirtschaft des 15. Jahrhunderts. Ihre Basis bestehend aus u.a. einer hochentwickelten Arbeitsteilung (u.a. mit

Baumwollprodukten), weiträumigen Handelsbeziehungen (auch mit Agrarprodukten, z.B. durch Viehtrecks), hohen Staatseinnahmen, modernen Arbeitsmärkten, Militärunternehmen und der Produktion von Luxusgütern.

Die Entdeckungen des 16. Jahrhunderts waren für die europäische Weltwirtschaft zunächst hingegen weit weniger folgenreich, da mit ihnen nur ein geringes Handelsvolumen verknüpft war und der Mittelmeerraum zunächst noch die Haupthandelsrouten umschloss. Die spanischen Kolonien lieferten vornehmlich Edelmetalle, was eher monetäre als realwirtschaftliche Konsequenzen zeigte.

Erst mit der Niederländischen Weltwirtschaft des 17. Jahrhunderts beginnt daher die zweite Etappe der Entfaltung der europäischen Weltwirtschaft. Neben Luxusgütern gewinnen nun auch Massengüter beachtliche Anteile am internationalen Handel. Die Gewürzimporte aus Asien wachsen gewaltig an und senken die Preise dieser Produkte. Handel und Finanzen werden in Amsterdam konzentriert.

Die dritte Etappe der Herausbildung der europäischen Weltwirtschaft bildet dann das 18. Jahrhundert, als Amsterdam seine führende Stellung verliert und weitere Zentren an seine Stelle treten. Es kommt zu einer multipolaren europäischen Weltwirtschaft und zur Herausbildung nationaler Konsumgütermärkte für z.B. Zucker aus der Karibik, Tee aus China und Baumwolle aus Indien. Neue lokale Verbrauchszentren in Großbritannien, Frankreich und Preußen bilden sich heraus und stützen die dynamische Entwicklung.

2. Institutionen

Die klassische Erklärung für die geschilderte Entwicklung wird auf der Angebotsseite des Handelssektors gesucht. Die individuelle Zuschreibung von Verfügungsrechten und die Chancen eines großen Marktes lassen den Handelskapitalismus entstehen, der gerade in den Niederlanden mit großen Skalenerträgen verbunden war. Die Normierung von Handelsbräuchen, staatliche Regulierungen und eine entwickelte merkantile Öffentlichkeit verschafften dieser Region bemerkenswerte Vorteile.

Dieser Zusammenhang lässt sich mittels eines erweiterten Transaktionskostenansatzes analytisch durchdringen. Der Handel konnte eine Protektionsrente in Form eines komparativen Vorteils für Sicherheit realisieren,

der jedoch mit zunehmender Konkurrenz und Gewalt (engl. Navigationsakte, portug. Gewürzhandel) zunehmend bedroht wurde. Die gewerbliche Produktion war mit Problemen asymmetrischer Information und denen von Kontrolle (agency) behaftet. Man suchte diesen Problemen durch Qualitätssicherungen mittels städtischer Marken oder umfassenden Regelwerken für regionale Gewerbeprodukte (Colbert) beizukommen. Eine entsprechende Qualitätssicherung durch Markenprodukte gelang dann durch interne unternehmerische Kontrollen erst im 18. Jahrhundert, bis dahin mussten Zünfte und Märkte diese Funktionen übernehmen. Dazu diente z.B. der Zunftkauf, bei dem Fernkaufleute Lieferverträge mit einer ganzen Zunft schlossen, die dann selbst die Qualitätskontrolle übernehmen musste. Dabei wurden die Zünfte von der städtischen Obrigkeit unterstützt, die auf Einhaltung der Zunftstandards achteten und damit Qualitätsstandards gewährleisteten.

Als Gegenbeispiel lässt sich das bengalische Baumwolltuchgewebe anführen, bei dem es solche transaktionskostensenkenden Institutionen der Qualitätskontrolle nicht gab. Lediglich in Westeuropa fand sich ein derartiges Regime, das den frühindustriellen Unternehmern bemerkenswerte Vorteile verschaffen konnte.

3. Erklärungshypothesen

Das Auftreten dieses transaktionskostensenkenden Systems resultierte in Westeuropa aus der Konkurrenz der Staaten und Regionen, in denen derartige Praktiken variiert wurden und wo sich die erfolgreichsten Modelle schnell verbreiteten. Dazu trugen nicht zuletzt auch die Kriege des 15. bis 17. Jahrhunderts bei, durch die militärtechnische Fortschritte mit solchen der Ressourcenmobilisierung verknüpft wurden. Diese lokale und regionale Konkurrenz verlagerte sich zunehmend auch in den Rahmen der europäischen Weltwirtschaft, wobei staatliche Vielfalt die Intensität der Konkurrenz steigerte und Erfolge (gute Polizey) zum Entstehen von integrierten Volkswirtschaften (Kameralismus) beitrugen.

Die angeführten Gedanken zum Beitrag der europäischen Weltwirtschaft zur Globalisierung enthalten eigentlich nichts Neues. Neu erscheint allenfalls das Arrangement bekannter Dinge. Nämlich eine andere Zeitstruktur der Entwicklung, in der z.B. das 16. Jahrhundert als Zeitalter der Entdeckungen nur eine untergeordnete Rolle spielt, die institutionenökonomische Erweiterung der

Entwicklung, z.B. durch die Einbeziehung der Wirkungen negativer Protektion, sowie der Hinweis auf außerökonomische Faktoren der Entwicklung, wie z.B. die machtpolitische Konkurrenz der Staaten.

Reinhard Spree: Globalisierungsdiskurse im 19. und 20. Jahrhundert

Hinsichtlich der Globalisierung und der Diskurse über diesen Prozess lassen sich drei Thesen formulieren.

1. Globalisierung, definiert als internationale Integration nationaler Märkte bei mobilen Faktoren, ist bereits seit Jahrhunderten in Gang. Der Prozess erscheint nicht allein marktgetrieben, sondern im Wesentlichen durch Staaten gestaltet. Daher sind auch Rückschritte beobachtbar, z.B. zwischen 1879 und 1945. Er beschreibt eine Tendenz, keinen Zustand und seine Kehrseite ist durch Fragmentierungen gekennzeichnet, die sich makroökonomisch in Systemzusammenbrüchen, mikroökonomisch in der Entstehung neuer Kulturen äußern.
2. Diskurse über den „Weltmarkt“ intensivieren sich in Krisen und betreffen vor allem Fragen der Außenhandelspolitik und Fragen der politischen Gestaltbarkeit. Sie bilden Reaktionen auf den soziokulturellen Wandel und treten in den letzten zweihundert Jahren mehr oder weniger zyklisch auf. Dabei handelt es sich nicht um Zeitzyklen, sondern um die Wiederholung struktureller Analogien (Strukturzyklen). Zwei Regelungstypen stehen dabei zumeist im Zentrum der Diskussion, ein merkantilistischer und ein liberaler Typus.
3. Zeitlich lassen sich diese Diskurse in Deutschland wichtigen Veränderungen des Wirtschaftssystems zuordnen und es erscheinen folgende Krisenperioden

1807-20	Gewerbefreiheit
1835-50	Schutzzölle
1876-81	neue Schutzzölle
1891-1903	Außenhandelsregime: Agrar- oder Industriestaat
1919-30	Zerfall des Weltmarktes
1945-59	Eingliederung in Weltmarkt
1990-2000	Deregulierung

4. Krisen bewirken Transformationen von Systemen, die sich in zwei Phasen abspielen. Zunächst erfolgt die Konstituierung eines neuen Systems, in dem sich neue, formgebundene Institutionen herausbilden. Danach erfolgt die Konditionierung des Systems mit neuen informellen Regelungen. Eine intensive Diskussion entwickelt sich erst in dieser zweiten Phase, weil dabei die Betroffenen unmittelbar involviert sind.

Anhand verschiedener Beispiele aus den in These 3 angeführten Diskursen lassen sich die Zusammenhänge von Systemtransformationen deutlich machen.

1807-20: Gewerbefreiheit

Damit war in Preußen der Wegfall lokaler Privilegien verbunden und die Wirtschaftsobjekte wurden einer Globalisierung über die bestehenden lokalen Grenzen hinaus unterworfen. Die Integration in einen größeren Wirtschaftsraum bedingt zunächst eine Konstituierung neuer Regelungen, die z.B. durch das preußische Zollgesetz von 1818 erfolgte und in dem das Prinzip des Freihandels (§ 5) festgeschrieben war.

In einer zweiten Phase setzte dann eine umfassende Diskussion um die Neuregelungen ein, die sowohl beim Staatskanzler Hardenberg als auch beim König zu einem fundamentalen Lernprozess führte und die sich in zahlreichen Eingaben und Gesetzesänderungen niederschlug. Seitens der Fabrikanten und Handwerker wurde Zollschatz vehement gefordert.

1835-50: Schutzzölle

Hier werden in der Konditionierungsphase gleiche Forderungen erhoben, die jedoch aus Zeitmangel im Vortrag nicht ausgeführt werden konnten.

1891-1903: Agrarstaat versus Industriestaat

Die Konstitutionierung eines neuen Systems wurde durch den Zolltarif von 1903 gefördert und bot Anlass über den beobachtbaren Strukturwandel zu streiten. Es ging um das zukünftige Außenhandelsregime, darum, ob eine stärkere Integration in den Weltmarkt zum Nutzen der Industrie oder ein stärkerer Schutz der heimischen Agrarproduktion anzustreben sei. Die Auseinandersetzung in der folgenden Konditionierungsphase ging jedoch viel weiter und bezog auch Annahmen und Folgerungen über die Sozialstruktur und die gesellschaftlichen Werthaltungen mit ein. Sie fand ihren Niederschlag in einer Reihe nicht-tarifärer Regelungen zum Schutz der deutschen Landwirtschaft, ging aber weit darüber

hinaus und bezog gesellschaftliche Grundüberzeugungen mit ein.

1990-2000: Deregulierung

Neuerdings geht es vordergründig lediglich um Freihandel oder Zollschutz. Der diesbezügliche Konflikt mit der WTO (Seattle 1999) geht jedoch wesentlich weiter. Von den Gegnern des längst etablierten Freihandelssystems wird der Niedergang menschlicher Werte beklagt und eine Rückkehr zu einer „illusionären Idylle“ (Spree) propagiert.

Rainer Fremdling: Handelspolitik, Transportkostensenkungen und die Globalisierung der Weltwirtschaft im 19. Jahrhundert

Gegenstand der Untersuchung ist die Handelspolitik verschiedener europäischer Staaten im 19. Jahrhundert und deren Wirkung auf die Entwicklung der internationalen Märkte. Sowohl in Großbritannien als auch in Frankreich und in Preußen / Deutschland stellt der Übergang zum Freihandel im 19. Jahrhundert eine überragende Innovation dar. Das neue Außenhandelsregime bewirkte ein überproportionales Wachstum des internationalen Handels und trug wesentlich zum Wirtschaftswachstum in den beteiligten Staaten bei. Bis dahin dienten Zölle vor allem der Erzielung von Staatseinnahmen.

In Großbritannien erfolgte der Übergang zum Freihandel erst in den 1840er Jahren, also deutlich nach der industriellen Durchbruchphase. Im 18. Jahrhundert hatte es dort noch weitreichende Handelsregulierungen, u.a. Exportverbote für Getreide und zahlreiche Zölle gegeben und auch in den Jahren 1793 bis 1815 hatte der Staat kriegsbedingt ein hohes Interesse an Staatseinnahmen, die nicht zum geringsten Teil aus Importzöllen resultierten. Steigende Tarife trugen dazu bei, die aufgelaufenen Schulden bis 1840 weitgehend zu tilgen. Insgesamt behinderten also in Großbritannien wachsende Staatsschulden den Übergang zum Freihandel. Dieser wurde von zeitgenössischen Ökonomen (D. Ricardo) vehement gefordert. Sie wiesen auf die positiven Wirkungen für die Industrie hin, deren Vorrangstellung dadurch gestärkt werden konnte, insbesondere wenn zugleich bestehende Monopole erhalten und der Export von Menschen und Maschinen verhindert werden konnte. Die bestehenden Getreidezölle erhöhten nur die Arbeitskosten. Bereits vor 1840 kam es in Großbritannien zu einer Rationalisierung des Tarifsystems doch erst die Peelschen Reformen der 1840er Jahre: 1842 wurden 54

Produkte zollfrei gestellt und die übrigen Tarife gesenkt, brachten den entscheidenden Durchbruch. Die Einkommenssteuer, die bereits vor 1815 als Kriegssteuer erhoben worden war, wurde wieder eingeführt. 1846-49 wurden nach langem Kampf der Anti Corn Law League auch die Getreidezölle abgeschafft und der Cobden Chevalier Vertrag mit Frankreich von 1860 bildete den Abschluss der erfolgreichen Freihandelsbewegung. Dennoch blieb die britische Handelspolitik auch weiterhin kontrovers und wurde noch 1902-04 zu einem großen Wahlkampfthema. Alles in allem ist also zu konstatieren, dass der Übergang zum Freihandel in Großbritannien erst relativ spät zur Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgte und dass insbesondere fiskalische Interessen dafür ausschlaggebend waren.

In Frankreich hatte es bis 1790 überhaupt kein einheitliches Zollsystem gegeben. Erst das Kontinentalsystem unter Napoleon führte zwischen 1806 und 1815 zu einer Vereinheitlichung. Nach 1815 wurden dann die relativ liberalen Zollsätze von 1791 wieder eingeführt und britische Produkte überschwemmten den französischen Markt. Es entwickelte sich dann ein Prohibitionssystem mit einer durchschnittlichen Belastung des Imports in Höhe von etwa zwanzig Prozent des Warenwertes und die daraus resultierenden Zollerträge trugen lediglich mit ca. 13 v.H. zum Staatshaushalt bei. Erst 1851 unter Napoleon III kam es zu einer ersten Aushöhlung des Prohibitivsystems und der Handelsvertrag mit Großbritannien (1860) bedeutete den Übergang zum Freihandel.

In Preußen / Deutschland setzten sich die Agrarier im Verein mit der Staatsbürokratie für den Freihandel ein. Auch hier bildete das Zollsystem einen Teil des Fiskalsystems. Das preußische Zollgesetz von 1818 war relativ liberal ausgelegt und erwies sich als außerordentlich erfolgreich. Dennoch wurden 1844 einige Zölle wieder eingeführt, insbesondere auf Garne und Roheisen und der Ruf nach weiterem Zollschutz wurde laut. Gleichwohl bildete sich ein liberales Handelssystem auch hier heraus.

Anfang der 1860er Jahre hatte sich also in Europa das Freihandelssystem endgültig durchgesetzt und dennoch kam es sehr bald zu einer Umkehr und zur Rückkehr des Protektionismus. Dazu hat nicht unwesentlich die konjunkturelle Entwicklung der sogen. „großen Depression“ (1873-95) beigetragen, während der die hohen Erwartungen an das neue liberal-kapitalistische System enttäuscht wurden. Die Verstaatlichung der Eisenbahnen war eine Konsequenz, viel bedrohlicher erschien aber der Preisverfall der Agrarprodukte auf den internationalen Märkten wegen des

Zustroms der US-amerikanischen Agrarprodukte auf Grund der dramatischen Transportkostenreduktion. Nunmehr forderten vor allem die deutschen Agrarier Schutzzölle und die gewährten Agrarzölle trugen zu einer merklichen Erhöhung der Nahrungsmittelpreise bei.

Dennoch lässt sich trotz steigendem Protektionismus in Europa insgesamt von einer Rückkehr zum Protektionssystem des frühen 19. Jahrhunderts nicht sprechen und die Wirkungen dieser Zollpolitik auf das Wachstum bleiben bis heute umstritten. D. McCloskey sieht die Höhe der Zölle als entscheidend an und weist den Preisveränderungen und der Entwicklung der terms of trade eine geringere Bedeutung zu. Paul Bairoch ist da anderer Meinung, doch eine umfassende Bewertung scheint wegen unüberwindbarer Zurechnungsprobleme bis heute nicht möglich.

Peter Hertner: Die Anfänge der Multinationalisierung deutscher Unternehmen vor dem Ersten Weltkrieg

Unter einem multinationalen Unternehmen verstehen wir ein Unternehmen mit Direktinvestitionen in mindestens einem weiteren Land (andere Autoren fordern zwei (Schröter) oder mehrere). Die Diskussion um die Entstehung, Entwicklung und Entfaltung derartiger Unternehmen beginnt in den 1960er Jahren und ist mit folgenden Autoren und Themen verbunden.

Steven Hymer: oligopolitische Strukturen (Weiterentwicklung von Charles Kindleberger)

Raymond Vernon: Produktzyklen

Richard Caves: mehrbetriebliche Unternehmen (Spezialfall)

Pierre Aharoni: betriebliche Entscheidungskalküle

Ronald Coase / Oliver Williamson: Internationalisierung

John H. Dunning: eklektische Paradigma firmen- und ortspezifischer Vorteile

Schaut man auf die historische Entwicklung der Multis, so findet man ihre Vorläufer in den frühneuzeitlichen Handelskompanien und den Bankhäusern der Medici und Rothschilds. Auch die Kaufmannskolonien können hier eingeordnet werden, die noch bis Mitte des 19. Jahrhunderts existierten. Dann treten mobile Produktionsfaktoren an deren Stelle: Kapitalinvestitionen, Bevölkerung und Unternehmertalente wandern und begründen markt- und rohstoffbezogene neue

Produktionsstandorte. Nach Dunning wurden diese bis etwa 1930 nahezu ausschließlich aus Europa vorgenommen, zunächst zur Erschließung neuer Rohstoffe, dann im Bereich von Verkehr und Infrastruktur und schließlich auch in der Industrie.

Der Umfang der Kapitalexporte aus Deutschland hat bis 1913 etwa 20-22 Mrd. Mark betragen. Die Zahlungsbilanz des Deutschen Reiches vor 1913 ist jedoch nicht zu rekonstruieren. Es gibt einige Länderstudien (Hagen für Großbritannien, Loscertales für Spanien), in denen Branchen und einzelne Firmen besser erfasst werden können. Deutsche Multis treten am Ende des 19. Jahrhunderts, während der sogen. „Zweiten“ Industriellen Revolution erstmals auf. Ihre Erfassung bildet bis heute ein Forschungsproblem, insbesondere die Bestimmung ihrer Größe und Internationalität.

Daher besteht insgesamt für die Erforschung der Multis bis heute ein großer Bedarf. Im einzelnen kann man die Motive und Strategien von Unternehmern erforschen. Auf der Meso-Ebene verschiedener Branchen und Länder treten Märkte, Technologien und Staatsaktivitäten stärker in den Blick und auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene geht es um die Rekonstruktion der Zahlungsbilanzen. Im Hinblick auf die Globalisierung kann festgehalten werden, dass die Multis zweifellos als Agenten dieses Prozesses fungieren. Ihre Aktivitäten führen zu einer Integration der Märkte, kurzum zur Globalisierung.

Hans Jörg Siegenthaler: Arbeitsmärkte zwischen Gleichgewicht und Ungleichgewicht im Zeichen der Globalisierung

Die Welt befindet sich in raschem Wandel; die Rede ist von einem Übergang, der sich von einer ersten zu einer zweiten Moderne vollzieht (Beck, Giddens). Dieser Übergang scheint uns vor Probleme zu stellen, für die die historische Erfahrung keine Lösungen anbietet. Gleichwohl wirft die Geschichte ein Licht auf die Gegenwart, und zwar, wie James Madison zu bedenken gab, das Licht eines Leuchtturms, das die Klippen beleuchtet, die es zu meiden gilt, wenn auch nicht den Weg, den wir zu gehen haben: Historische Erfahrung erleichtert es uns, das Feld unserer Handlungsoptionen einzugrenzen. Dabei ist sie freilich *nur soweit zukunftsrelevant, als sie universelle Relevanz beanspruchen kann*. Sie begrenzt - im Sinne eines falsifikationistischen Wissenschaftsverständnisses - den Raum dessen, was wir für

universell gültiges Wissen halten dürfen. Inwiefern kann sie heute zur Debatte beitragen, die die Ökonomen über Arbeitsmärkte im Zeitalter der Globalisierung führen? Wie beantwortet sie Fragen, die diese Debatte aufwirft: die Frage nach einer Sättigung der Bedürfnisse, die künftig Beschäftigungsprobleme aufwerfen könnte (I), und die Frage nach Gründen, die für Ungleichgewichte auf Arbeitsmärkten verantwortlich zu sein scheinen (II)?

ad I: Die Marktnachfrage nach Arbeit scheint sich nach verbreitetem Urteil zurückzubilden mit dem Ergebnis langfristig sinkender Beschäftigungsquoten. Wer seine sozialpolitischen Zielsetzungen an einem solchen Trend ausrichtet, unterstellt eine wachsende Sättigung individueller Bedürfnisse. Er glaubt, man werde sich künftig nicht mehr um wachsende reale Einkommen bemühen, sondern um individuelle Selbstverwirklichung in der arbeitsfreien Zeit und um solidarische Gestaltung unseres sozialen Lebens. Weil Globalisierung das Maß wirtschaftlichen Wachstums erhöht, erwartet er beschleunigte Sättigung der Bedürfnisse und partiellen Rückzug der Menschen aus dem Arbeitsmarkt. Inwiefern hat uns die Geschichte etwas zu sagen über die langfristigen Beschäftigungsperspektiven unter Bedingungen weiterhin starker Produktivitätsgewinne in einer global integrierten Ökonomie?

In der Vergangenheit hatten auch hohe Produktivitäts- und Wohlfahrtsgewinne keine Sättigung menschlicher Bedürfnisse zur Folge. Gilt dies auch für die Zukunft? Der Knappheitsbegriff der Ökonomie kann uns zu einer angemessenen Antwort anleiten. *Ressourcen sind knapp, weil wir sie auch anders verwenden könnten, als wir sie tatsächlich verwenden.* Also verschwände Knappheit erst dann, wenn wir unsere Entscheidungen nicht mehr vor dem Hintergrund alternativer Handlungsoptionen treffen würden. In agrarischen Armutsgesellschaften haben Menschen zwar Mangel gelitten, aber keine Knappheit gekannt, weil sie sich nach zuverlässig tradierten Vorbildern genährt und gekleidet haben, ohne ihre Fantasie auf alternative Handlungsoptionen zu verschwenden. Lieber haben sie sich den Himmel ausgemalt. *Wenn in Zukunft Knappheit verschwinden soll, dann muss man individuelles Handeln disziplinieren.* Solche Disziplinierung verträgt sich aber schlecht mit dem Bild, das wir von der „Zweiten Moderne“ haben. *Und ohne sie keine Sättigung der Bedürfnisse.*

ad II: Von der Frage nach einer langfristig-trendmäßigen Entwicklung der Nachfrage nach Arbeit ist die Frage nach den Gründen zeitlich befristeter Ungleichgewichte auf

Arbeitsmärkten zu trennen. Was sind die Gründe, die in manchen westlichen Industrieländern andauernde Arbeitslosigkeit erzeugen?

Nach Auffassung liberaler Ökonomen verhindern spezifische Institutionen des positiven Rechts marktgerechte Lohnanpassungen ebenso wie die Anpassung der Qualität der Arbeitskraft an die Qualität der Nachfrage. Daher empfehlen diese Ökonomen Deregulierung und Flexibilisierung institutioneller Regeln. Finden diese Empfehlungen in historischer Erfahrung eine Begründung? Gewiss kann Rigidität von Güter- und Faktorpreisen Ungleichgewichte verursachen. Seit langem sucht man nach Erklärungen für solche Rigidität. Man bringt sie mit kollektivem Handeln in Verbindung oder mit öffentlich gesetztem Recht. *Die Geschichte scheint aber zu zeigen, dass auch vor dem Gewerkschaftszeitalter und ganz unabhängig von wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften Preisrigidität Ungleichgewichte begründen konnte.* Heute verhilft uns spieltheoretisch inspirierte Theoriebildung in neuer Weise zu besserem Verständnis, was uns in Vergangenheit und Gegenwart Ungleichgewichte beschert: Menschen lassen sich von Regeln der Fairness leiten, auch wenn sie weder gewerkschaftlich gesetzt noch staatlich verordnet sind. Sie akzeptieren Preise, Mieten und Löhne, wenn sie sie für angemessen halten. Sie belohnen Fairness durch hohe Leistung und verbummeln die Zeit, wenn sie Fairness vermissen. Nun entziehen sich informelle Regeln der Flexibilisierung. So kann diese nicht alle Ungleichgewichtsprobleme der Zukunft lösen. Statt den Menschen Lohnansprüche aus dem Kopf zu treiben, mag es zweckmäßig sein, sie so zu qualifizieren, dass ihre Leistung ein für fair gehaltenes Einkommen rechtfertigt. Die Lehren der Geschichte halten passende Erfahrungen bereit.

André Steiner, Die Präferenzen der Verbraucher und die Herausbildung moderner Konsumgütermärkte

Johannes Baehr, Der lange Weg der Internationalisierung. Die Auslandsstrategien der deutschen Großbanken nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das Thema „Anfänge der Globalisierung“ soll auf der nächstjährigen Arbeitstagung im Frühjahr 2001 in Halle a.d. Saale fortgesetzt werden.

